

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er scheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Straß 1/2 uln erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbpaltene Politzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklameseite 40 Pfg., Anzeigenbeilage 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherte oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühr: 10.— Mk. das Zählend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 147

Dienstag, den 16. Dezember 1930

32. Jahrg

Kauft am Orte!

Die Wirtschaft liegt darnieder. Die Geschäfte gehen immer schlechter, weil die Kaufkraft ständig sinkt. Es ist eine neue große Notzeit über unser Volk gekommen. Da ist es mehr denn je Pflicht, daß alle Stände fest zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen, wo sie nur können. Das gilt nicht nur für die Staatsbürger im allgemeinen, sondern auch für die Bürger einer Stadt im besonderen. Jeder sollte die Stadt als eine Gemeinschaft betrachten, als eine große Familie, der er in erster Linie verpflichtet ist. Wenn Lokalpatriotismus, ihr Bürger und Bürgerinnen! Ihr Kraft sich nach vielen Richtungen zum Segen der Stadt auswirken. **Sou sollte kein Kemberger auswärts etwas kaufen, was er am Orte haben kann.**

Das Geld aus der Stadt gehört in die Stadt!

Das Geld, das in der Stadt arbeitet hier weiter Kemberg hat einen alten, sehr leistungsfähigen Gewerbe- und Handwerkerstand. Er wird auch künftig alles daran legen, seine Kunden und Auftraggeber in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. **Niemand sollte sich vollends von fremden Händlern, die von Ort zu Ort ziehen, zu Käufen und Bestellungen verleiten lassen.** auch durch die größte Jugendfertigkeit und die schönsten Verprechungen nicht! Deutzgabe kann niemand etwas verschätzen und die Händler können das schon gar nicht! Kauft jemand von ihnen, kann er sicher sein, daß er irgendwo der Opferrolle ist. Sie machen in der Regel nur Augenblicksgeschäfte, kommen meist nicht wieder in den Ort und fragen nicht danach, ob man mit ihren Waren zufrieden war. Der einheimische Geschäftsmann hingegen ist mit den Käufern persönlich bekannt. Ihm liegt sehr viel daran, seine Kunden zu behalten und neue dazu zu werben.

Darum kaufe jeder am Orte!

Er fährt dabei am besten und bewahrt sich vor Verger und Schaden.

Kemberg, den 12. Dezember 1930.

186] **Der Bürgermeister.**
Diege.

Anträge auf

Befehlzettel

für den Stadtförst **Oppin** für das Jahr 1931 sind bis zum 30. Dezember 1930 in der Stadtschreiberei zu stellen.

Kemberg den 10. Dezember 1930.
187] **Der Magistrat.**

Jagdverpachtung.

Der Jagdbezirk 3 (Miemis, Buchdorf, Oberförstere um.) soll auf die Zeit vom 24. Juni 1931 bis 23. Juni 1937 für 800 RM, jährlich an Herrn Fabricegger Franz Keimling in Kemberg verpachtet werden.

Die Pachtdingungen liegen vom 16. bis 31. Dezember im Rathause zur Einsicht aus.

Jeder Jagdgewalt kann gegen die Art der Verpachtung und die Verpachtungsbedingungen während der Auslegungsfrist beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einspruch erheben.

Kemberg, den 15. Dezember 1930.

Der Jagdvorstand.
Diege, Bürgermeister.

Ein neuntes Schuljahr?

Zu den mannigfaltigen Ursachen der großen Erwerbslosigkeit gehört auch der Umstand, daß durch Verringerung des lebenden Heeres von 700 000 auf 100 000 Menschen mehr als früher Unternehmern suchen. Diese Last legt den Gewerkschaften nahe, aus dem Produktionsprozeß überschüssige Kräfte in erheblicher Zahl herauszunehmen. Die eine Möglichkeit, durch Abwanderung in deutsche Arbeitergebiete diese zu ersetzen, ist uns nach dem Verlust unserer Kolonien zunächst noch verschlossen, und einer Abwanderung nach anderen Gebieten werden gerade jetzt die härtesten Schwierigkeiten bereitet. Eine zweite Möglichkeit, zahlreiche Kräfte aus dem privatwirtschaftlichen Produktionsherauszusuchen, besteht in der Einführung einer einjährigen Arbeitsdienstpflicht. Die Mißerfolge, die man hiermit in anderen Ländern erzielt hat, mahnen zu größter Vorsicht und sorgfältigster Prüfung aller Voraussetzungen und Folgen

dieser Maßnahmen, so daß man mit einer Einführung, selbst wenn man sich grundsätzlich zukünftig einhalten würde, erst nach längerer Zeit rechnen könnte. Eine dritte Möglichkeit ist die Einführung eines neunten Schuljahres. In England hat man mit der dort üblichen Entschlossenheit des Handels ein weiteres Schuljahr aufgestellt und dadurch für 300 000 ältere jugendliche Arbeitsplätze freigegeben. In Deutschland ist der Vorschlag eines neunten Schuljahres vom preussischen Handelsminister Dr. Schreiber gemacht worden. Uns scheint, als ob dieser sehr vernünftige Vorschlag mit möglicher Befreiung in die Tat umgesetzt werden müßte, damit er für Eltern 1931 schon wirksam werden und den Arbeitsmarkt um Hunderttausende von Arbeitskräften entlasten könnte.

Die Bedenken, die man gegen den Vorschlag erhoben hat, erscheinen keineswegs durchschlagend, bzw. können sie mühelos beseitigt werden. Das gilt vor allem gegenüber der Landwirtschaft, die in ihren mittleren und kleineren Betrieben auf die Mitarbeit der jugendlichen Familienangehörigen nicht verzichten kann und auch in den Großbetrieben von ausmütigen Saisonarbeitern frei gehalten bleiben müßte. Für die in die Landwirtschaft und in den Gartenbau gehenden Jugendlichen würde also das neunte Schuljahr nicht in Betracht kommen. Für Handwerk und mittelständiges Gewerbe Lehrplangemangel aus dieser Maßnahme zu befürchten, erscheint unbegründet, denn hier ist eine Entlastung von nachdrängenden Arbeitskräften in den Produktionsprozessen durchaus erwünscht, und ein Lehrling nach neun Schuljahren wird jedenfalls keine schlechtere Arbeitskraft sein als ein solcher nach acht Jahren.

Schulpolitisch ergibt sich die Frage, ob dieses neue Schuljahr auf die Volksschule oben angelegt oder bei der Berufsschule unten angelegt werden soll. Das Aufsetzen auf die Volksschule erscheint das Natürlichste, und zwar deshalb, daß der Unterricht zu einer Ueberleitung in das Berufsschuljahr gehalten wird. Auch aus räumlichen und organisatorischen Gründen wird die Erweiterung bei der Volksschule leichter und billiger durchgeführt werden können als bei der Berufsschule. Die Kosten können von Ländern und Gemeinden nicht getragen werden, sehr wohl aber von der Reichs- und durch die Reichsregierung aus den ganz wesentlichen und dadurch sicherlich nicht voll aufgezeigten finanziellen Entlastungen, die sie durch Fernhalten von rund 400 000 Arbeitskräften aus dem Produktionsprozeß erfahren würde. Einige Entlastung würden wahrscheinlich auch die Gemeinden in der Volksschul-erwerbslosenfürsorge erfahren, aber die ersparten Beträge würden keinesfalls ausreichen, um den personellen und materiellen Mehraufwand zu decken, der durch das neunte Schuljahr entsteht.

Wenn man das ganze Problem nicht bald gelegentlich anfaßt, werden schulpolitische, soziale, wirtschaftliche und finanzielle Bedenken und Streitfragen das Urteil trüben und der Sache das gleiche Schicksal bereiten wie der Reichsreform, das heißt: sie wird in einer Flut von Denkschriften, Resolutionen, Gutachten und wissenschaftlichen Abhandlungen ertrinken. Die Reichsregierung sollte ungezügelt die Einführung des neunten Schuljahres bei den Ländern antreiben und bei abnehmender Haltung der Länder selbst die Rinde der Gesetzgebung in die Hand nehmen.

Die letzte Reichstagsstiftung.

Wieder heftige Zusammenstöße.

Berlin, 13. Dezember.

Der Reichstag ist bereits um 10 Uhr vormittags zu seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause zusammengetreten. Die Aussprüche werden bereits Mitte Januar ihre Arbeiten aufnehmen.

In der Sitzung stehen in der Hauptphase die Anträge über das Grubenunglück in Alsdorf zur Beratung.

Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann lagte zu, daß die Reichsregierung alles tun werde, um derartige Katastrophen für die Zukunft zu verhindern. Aus Anlaß des Alsdorfer Unglücks sei von der Reichsregierung und der preussischen Regierung schnelle Hilfe geleistet worden. Daneben seien von privater Seite, auch aus dem Auslande, viele Spenden gekommen, deren Betrag jetzt schon 1 1/2 Millionen Reichsmark überreicht. Der Minister lagte auch Bemühungen zu, um die Stilllegung der Wenzelsgrube bei Neurode zu vermeiden.

Bei der Aussprache kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Parteien.

Ministerialrat Rother

vom preussischen Grubenversicherungsamt bezeichnet die Explosion in Alsdorf als ganz besonders rätselhaft, weil bisher keine Grubentatastrophen vorgekommen sei, die einen

Vergleich zulasse. Alle bisherigen Erklärungsversuche hätten die Untersuchung noch nicht einen Schritt weiter geführt, ebenso wenig die Verschieben in der Presse und in oben vorgebrachten Anregungen. Warum dieses Unglück diese Ausnahme angenommen habe, wisse bisher kein Mensch. (Abgeordneter Morde Komm.). Dann schreien sie sich zum Teufel, wenn sie das nicht wissen! — Der Rufer erhebt einen Ordnungsruf. Die Unterlegung werde fortgesetzt.

Nach weiterer Debatte, in der die Beister wieder aufeinanderplagten, wurden die Abstimmungen zurückgestellt.

Es folgte dann die Beratung der kommunisistischen Entwürfe auf Auszahlung von Winterbeihilfen an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner. Der Haushaltsausgangspunkt empficht Abschneidung des Antrages.

Der Ausschußmann, die Winterbeihilfe abzulehnen, wird in namentlicher Abstimmung mit 284 gegen 183 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschen und des Landvolkes angenommen.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen über die Anträge wegen der Grubentatastrophen. Die Ausschlußentscheidung wird angenommen mit der Maßgabe, daß die Hilfsaktion auch die Nachbargrube umfaßt werden soll. Desgleichen wird der deutschnationaler Antrag angenommen, der sich gegen die Stilllegung der Wenzelsgrube wendet, ferner der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung eines Reichsbergbaugesetzes.

Nachträglich wird noch der Antrag des Bayerischen Bauernbundes einstimmig angenommen, die Hilfsmaßnahmen für die Hochwassererschädigten auch auf Bayern auszudehnen.

Präsident Lössle schlägt darauf vor, den Reichstag bis zum 3. Februar zu vertagen.

Die Abgeordneten Torger (Komm.), Dr. Spahn (Nat.) und Dr. Fried (Nat. Soz.) beantragen, die Verhandlungen des Reichstages am Sonnabend fortzusetzen und die Außenpolitik, die Währungsangelegenheiten und andere Fragen zu beraten. Dr. Fried fügt hinzu, dieser Reichstag sei schon längst wieder überaltert und der Reichspräsident sollte ihn baldig auflösen.

Die Anträge der Opposition werden abgelehnt.

Zentrum gegen Abgeordneten Frank.

Erneuter Zwischenfall im Rechtsauschuß.

Berlin, 14. Dezember.

Im Rechtsauschuß des Reichstages entspannen sich neue Auseinandersetzungen über den Vorfall des Vorkriegs, den wieder der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II einnahm.

Vom Zentrum wurde gegen die Fortführung der Geschäfte durch Dr. Frank Einspruch erhoben und beantragt, den Ausschuß zu vertagen und im Alleffekt eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob der Vorliegende eines Ausschusses durch die Mehrheit dieses Ausschusses abgelehnt werden könne.

Nach längerer Aussprache wurde ein nationalsozialistischer Antrag über den Zentrumsantrag zur Tagesordnung übergeben, mit 12 gegen 12 Stimmen, also bei Stimmengleichheit, abgelehnt. Der Antrag des Zentrums dagegen wurde mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Dafür stimmten außer den Antragstellern die Sozialdemokraten, die Staatspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst, während sich die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei der Stimme enthielten.

Thüringens Landtag für Fried.

Einschließung in der Polizeipolizeifläche.

Weimar, 14. Dezember.

Im Thüringer Landtag wurde in der Polizeipolizeifläche mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Sozialdemokraten und Staatspartei bei Enthaltung der Kommunisten eine Einschließung angenommen, in der „der Landtag mit Entschiedenheit Kenntnis nimmt von den Vergehen des Reichsbanners und seinen Auftraggebern, Beamte der thüringischen Schutzpolizei als Zeugnisanwalt und Spiegel zu mißbrauchen und zur Verletzung ihrer Pflichten gegenüber dem Lande zu verleiten“.

Der Landtag verurteilt, „die Art und Weise, mit der Reichsminister Dr. Wirth in seinem einseitigen das Land Thüringen herausfordernden Polizeifreitag sich ferner verlogen und dunklen Elemente bedient und dadurch das Land in große Schwierigkeiten gebracht hat“. Er appelliert an die thüringische Bevölkerung und insbesondere an die thüringische Beamtenenschaft, „in Zukunft die gemeinsamen Wachenpflichten mit der Thüringer Regierung gemeinsam abzuwehren“.

Deutsche Nachtragsnote für Genf.

200 neue Terrorakte dem Völkerverbund mitgeteilt.

Berlin, 13. Dezember.

Die deutsche Regierung hat durch den deutschen General- konsul in Genf dem stellvertretenden französischen General- konsularrat des Völkerverbundes eine Nachtragsnote zu der vor einiger Zeit überreichten großen deutschen Behauptungen in der obersten Frage überreicht.

Dieser Nachtragsteuern liegen eine ganze Reihe von bisher unbekanntem Fällen zugrunde. Die deutsche Rote vom 27. November batte schon zum Ausdruck gebracht, daß aus Gründen der Lebensfähigkeit nicht sämtliche Terrorfälle aufgeführt werden könnten, sondern daß man an Hand von besonders traurigen Beispielen die Schutzlosigkeit der deutschen Minderheit kennzeichnen wollte.

Inzwischen sind aber 200 neue Fälle nach und nach bekanntgeworden, die eine weitere Erhöhung des ersten deutschen Schrittes in Genf bedeuten. Am 13. November wurde der deutsche Minderheiten-Angehörige Raina in seiner Wohnung von mehreren Aufständischen überfallen und mißhandelt. Seine Schwester wurde mit dem Gummiknüppel geschlagen. Die Eindringlinge entfernten sich mit der Drohung, daß Raina wie ein Hund niedergeschossen würde, falls er Anzeige erstatte. Zwei Tage darauf wurde der deutsche Minderheiten-Angehörige Raincapf ebenfalls von Aufständischen überfallen und schwer verletzt. Seine Frau ihn ins Krankenhaus bringen wollte und um Polizeischutz bat, wurde dieser Wunsch abgelehnt. Am 22. November wurde der Kesselbeizer Brölich in Eintrachtstraße von einer polnischen Bande in seiner Wohnung überfallen und, kaum bedeckt, auf die Straße geschleppt, wo er so lange geschlagen wurde, bis er zusammenbrach. Am selben Tage wurde der Arbeiter Andreas Sparfanten in Schmitzstraße von Aufständischen überfallen. Die Wohnung wurde völlig demoliert. Ein weiterer, der Defenstichler, mochte nicht bekannter Fall ereignete sich am 23. November, wo ein deutscher Minderheiten-Angehöriger aus dem Waschlafat herausgeholt und schwer mißhandelt wurde. In diesem Falle beteiligte sich der polnische Polizeibeamte Kopiec, der die Uniform der Aufständischen trug, an den Mißhandlungen. Ein weiterer bekannter Zwischenfall in Gostanow wurde der Tod des Polizeibeamten Schwanke zum Tode benutzt, um 43 deutsche Minderheiten-Angehörige zu verhaften. Die Verhafteten wurden eine ganze Nacht über in einer Kohlenkeller gesperrt. Sie wurden verhöhnt, sich hinzusetzen oder auch nur sich an die Wand anzulehnen.

Polenrotter wird vorgeseht.

Wieder Sprengstoffanschläge in Ostoberschlesien.

Katowitz, 14. Dezember.

Am Mittwoch wurden gegen verschiedene deutsche Bürger Sprengstoffanschläge verübt. Der erste Anschlag richtete sich gegen die Wohnung des Bergwerksdirektors Bräuer, wobei eine Sprengladung in den Vorgarten genossen wurde.

Ein zweiter Anschlag wurde fast zur gleichen Zeit gegen die Wohnung des Bergbeamten Reich verübt, wobei sämtliche Fensterheben zerrümmert wurden. Eine zu Besuch im Hause wohnende Dame erlitt einen Nervenschlag. Ein dritter Anschlag wurde auf das Haus verübt, in dem sich die deutsche Volkshöhle befindet, wobei gleichfalls mehrere Fensterheben und Fensterhaken zerrümmert wurden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Von weiteren Anschlägen wird berichtet, die Anschläge als private Racheakte gegen die Bergwerksbeamten darzustellen, weil in nächster Zeit mehrere hundert Bergarbeiter in Katowitz entlassen werden sollen. Diese Annahme scheint schon deshalb wenig glaubwürdig, weil ein Racheakt aus den erwähnten Gründen gegen die deutsche Volkshöhle vollkommen unverständlich wäre.

Die nächste Ratstagung.

Volenterror. — Memelfrage. — Abrüstungskonferenz. Genf, 13. Dezember.

Die Tagungsordnung für die 62. Tagung des Völkerbundes, die am 19. Januar beginnt und deren Vorsitz das deutsche Vorkomitee übernommen wird, ist noch nicht fertig. Der bis jetzt vorliegende Teil der Tagungsordnung läßt aber schon erkennen, daß die Tagung ein reichhaltiges Programm zu erledigen haben wird. Darunter befinden sich eine Reihe von Fragen mit hochpolitischem Charakter. Eine große Rolle wird diesmal wieder die Minderheitenfrage spielen. Außer der deutschen Beschwerde wegen der Gewalttaten in Polen und Oberschlesien liegen eine Reihe von sonstigen Beschwerden und Petitionen vor. Zur selben Zeit wie der Rat werden einige der im Minderheitenkonferenzverfahren vorgesehenen Komitees tagen, die eine umfangreiche Arbeit zu bewältigen haben werden.

Der Rat wird sich sodann wieder mit der im September von der deutschen Regierung beim Völkerbundsrat angehängten Beschwerde über eine Reihe von Verletzungen des Memelrats durch die litauische Regierung zu befassen haben.

Sobald wird der Rat auf Grund des Berichts des Vorbereitungsausschusses über die Verhandlungen in Ostoberschlesien mit der Konferenz zusammenkommen. Als Ort der Konferenz ist neben Genf, Haag und anderen Orten geräthweise auch einmal Wien genannt worden. Das Völkerbundssekretariat hält Genf für den geeigneten Ort, und es sind zur Zeit zwischen dem Sekretariat und der Stadt Genf Verhandlungen im Gange, die gewissen technischen Vorbereitungen gellen.

Eine Ablehnung Hindenburgs.

Das Ehrenpräsidium der Luftfahrt-Sicherheitskonferenz, Berlin, 14. Dezember.

Wie verlautet, soll Reichspräsident von Hindenburg die ihm angebotene Mitgliedschaft im Ehrenpräsidium der Internationalen Luftfahrt-Sicherheitskonferenz in Paris abgelehnt haben.

Man darf wohl annehmen, daß die Ablehnung des Reichspräsidenten auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Luftfahrt immer noch nicht völlig wiederhergestellt ist. Einer anderen Ursache zufolge soll von Hindenburg deshalb abgelehnt haben, weil er immer noch auf der Liste der Kriegsverbrecher stehe. Ein zukünftiger Stelle ist eine Bekämpfung weder der einen noch der anderen Ursache erhältlich, obwohl an der Tatsache der Ablehnung kaum zu zweifeln ist. Bekanntlich sind die Staatsoberhäupter der meisten luftfahrt-treibenden Staaten in dem oben genannten Ehrenpräsidium vertreten.

48-Stundenwoche bei der Reichsbahn

Der Schiedspruch im Arbeitsstreit.

Berlin, 14. Dezember.

Am dem Tarifstreit bei der Reichsbahn wegen der Arbeitszeit ist nach dreitägiger Verhandlung von dem Vorsitzenden der Schlichterkammer, Dr. Wäcker, ein Schiedspruch verkündet worden.

Dieser liegt die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich für verschiedene große Gruppen von Reichsbahnarbeitern vor. Insbesondere kommen die Bahnunterhaltungs-Arbeiter und die Arbeiter der Ausbesserungs-Werkstätten in Betracht. Von dieser Regelung werden etwa 180 000 Arbeiter erfaßt.

Wegen weiterer Gruppen von Arbeitern hält die Schlichterkammer Besichtigungen und weitere Nachprüfungen für erforderlich. Diese weiteren Verhandlungen sollen Anfang Januar stattfinden. Die Schlichterkammer hat in ihrem Schiedsbericht vorschlagen, die bisherige Arbeitszeitregelung allgemein bis zum 15. Januar 1931 zu verlängern, um Zeit für die weiteren Verhandlungen zur Verfügung zu haben.

Ein Gedenktag für das Heer.

Zehn Jahre Reichswehr.

Berlin, 14. Dezember.

Am 1. Januar 1921 fähet sich zum zehnten Male der Tag des Befehlers der Reichswehr in ihrer heutigen Organisation.

Am Januar 1919 trat der Reichswehrhaushalt zusammen zur Schaffung eines einheitlich gegliederten Heeres und zur Ausarbeitung neuer Grundlagen für eine neue Wehrmacht. Am 6. März 1919 wurde ein Gesetz erlassen über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, enthaltend: Ermächtigung zur Auflösung des alten Heeres durch den Reichspräsidenten, Bildung einer vorläufigen Reichswehr zum Schutze der Reichsgrenzen bis zur Schaffung der neuen Wehrmacht, Aufrechterhaltung der Reichswehr-Ordnung im Innern, Nachmitteln, den Anordnungen der Reichsregierung Stellung zu verschaffen. Für Bayern und Württemberg blieben vorläufige Verträge von 1870 in Kraft, also noch kein eigentliches Reichswehr. Mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung am 14. August 1919 übernahm der Reichspräsident den Oberbefehl über die Wehrmacht. Die Ausführung wurde dem Reichswehrminister übertragen. Am 30. September 1919 erfolgte die Auflösung des alten Heeres. Am 1. Januar 1921 war die Heeresverminderung auf 100 000 Mann durchgeführt. Das Wehrgesetz vom 28. März 1921 bestimmte die Aufhebung aller bisherigen Verträge, Abmachungen und Reservatrechte der Länder auf dem Gebiete des Heerwesens, und damit wurde die Einheitlichkeit des Reichsheeres gewährleistet.

Die Kürzung der Wohnungsbaumittel

Die Mietvereine zur Notverordnung.

Dresden, 13. Dezember.

Der Zentralvorstand des Bundes Deutscher Mietvereine e. V. Dresden, folgte zur Notverordnung des Reichspräsidenten folgende Entschlieung: „Durch das Inkrafttreten der Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen ist die von der Reichsregierung geplante Kürzung der Wohnungsbaumittel für die kommenden Jahre auf die Hälfte der bisherigen Summe Tafelade geworden.“

Damit sind die Hoffnungen auf fortschreitende Bindeung der Wohnungsnot, Wiederbelebung des Baugewerbes und Minderung der vorhandenen Arbeitslosigkeit zusehender geworden. Das Mißgeschick zur weiteren Zögerung und förmlichen Aufhebung des Mietrechts tritt ab 1. April 1931 in Wirksamkeit. Der Duld erhebt nunmehr ein oberes Ziel in einer baldmöglichen Wiederbelebung der eingeengten Schranke für den Wohnungsbau und in der begehnten Schaffung eines sozialen Miet-, Wohn- und Bodenrechts.“

Am die Parlamente und politischen Parteien soll mit einer die Forderungen der Mietvereine begründenden Druckschrift herantreten werden.

Entscheidung des Reichsgesundheitsrates.

Am das Lübecker Säuglingssterben.

Berlin, 14. Dezember.

Der Reichsgesundheitsrat hat von den in verschiedenen Instituten durchgeführten Untersuchungen der Lübecker Calmette-Impfungen Kenntnis genommen. Wie aus einer amtlichen Mitteilung zu entnehmen ist, kommt der Bericht des Oberregierungsrats Prof. Dr. Ludwig Lange, dem sich auch die Berichterstatter, Prof. Reußel-Berlin und Dr. Krüger-Hamburg, anschließend haben, zu folgenden Ergebnissen:

1. Die in Lübeck im Anschlag an die Tuberkulose-Schulimpfung nach Calmette aufgetretenen Erkrankungen und Todesfälle von Säuglingen sind nicht auf das Calmetteische Verfahren als solches zurückzuführen.
 2. Der Annahme, daß in Lübeck die Beimengung der virulenten Tuberkulobakterien zu den Calmetteischen Kulturen auf ein unzureichendes Versehen beim Arbeiten zurückzuführen ist, kommt die größte Wahrscheinlichkeit zu.
- Der Reichsgesundheitsrat stellt sich hierzu auf den Boden seiner im Jahre 1927 gefassten Entschlieung, wonach die Frage der Tuberkulose-Schulimpfung bei Menschen noch so wenig geklärt ist, daß von einer allgemeinen Anwendung, namentlich wenn dabei lebende Bazillen — wenn auch in abgeschwächter Form — verwendet werden, zunächst abzuraten ist.

Ein schlechter Sachwalter.

Veruntreuung einer amerikanischen Erbschaft.

Osnabrück, 14. Dezember.

Am 1. Oktober 1926 starb in San Francisco ein gewisser R. P. Miller, der ein Vermögen von 9600 Dollar hinterließ. Das Osnabrücker Bonhaus Gerie wurde mit der Ermittlung der Erben beauftragt. Als Erbin wurde eine Frau von Rodentien in Hamburg ermittelt. Die Erbverteilung lag bis Ende 1929 hin. Das Ergebnis war, daß das Bonhaus Gerie das als Sachwalter für die Verwaltung amerikanischer Erbschaften in Nordwestdeutschland einen Ruf hat, mittelste, es seien 2000 Dollar vom Nachlassgericht freigegeben worden. Dann befiehlt das Bonhaus den größeren Teil für sich zur Deckung von Unkosten. 880 Dollar wurden an die Erbin ausgezahlt.

Nachforschungen ergaben jedoch, daß das amerikanische Erbschaftsgericht das ganze Vermögen freigegeben hatte und diese Summe auch an das Bonhaus Gerie überwiesen wurde. Gegen den Bankier Gerie und seinen Prokuristen Leimbach ist jetzt von der Osnabrücker Staatsanwaltschaft die Denuntiation wegen Veruntreuung eröffnet worden. Bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bekennt der Bankier Gerie jegliche Schuld. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 15. Dezember 1930

* Wichtig für die Vorweihnachtszeit! In den letzten Tagen vor dem Fest wird sich der Andrang der Käufer in den Geschäften wieder verhalten. Das Zusammenströmen der Einkäufer auf die letzten Tage liegt aber wieder im Interesse der Käufer, noch der Geschäftsinhaber und des Verkaufspersonals! Nur frühzeitiger Weihnachts-einkauf will allen Seiten gerecht!

* Arbeitszeit in Bäckereien. Am Sonntag, dem 21. Dezember 1930, darf ausnahmsweise in sämtlichen Bäckereien des Regierungsbezirks Merseburg gearbeitet werden. Die Arbeitszeit darf aber die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten und muß zu 16 Uhr beendet sein.

* Keine generelle Kündigung der Aufwertungs-hypotheken der Sparkassen. Der Ausschuss für das Spar-tauswesen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes nimmt zu den Aufwertungs-schlüssen vom 18. Juli 1930, insbesondere zu der Frage der Kündigung der Aufwertungs-hypotheken, folgende Stellung ein: Die Sparkassen sind, um auch von sich aus zur Verhütung der Wirtschaft zu beitragen, als gemeinnützige Anstalten bereit, den Zweck des Gesetzes zu unterstützen, die Fälligkeit der Hypotheken auf einen gewissen Zeitraum zu verteilen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband empfiehlt deshalb den Sparkassen, von einer allgemeinen Kündigung der Aufwertungs-hypotheken zum 1. 1. 1932 grundsätzlich Abstand zu nehmen. Er geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Fälligkeiten der restlichen Aufwertungs-pareinlagen im Verordnungs-umfang auf längere Zeiträume verteilt werden.

* Fristablauf für Rentenansprüche in der Angestellten-versicherung. Durch Gesetz vom 7. März 1929 ist die Wartezeit in der Angestelltenversicherung allgemein auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt worden. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungsspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate. Das Gesetz ist mit Wirkung vom 1. März 1929 in Kraft getreten. Auf einen Beitragsantrag vor diesem Zeitpunkt rechtskräftig abgemeldet, oder ein Antrag überhaupt nicht gestellt worden, weil die Wartezeit nicht erfüllt war, so kann, wenn nach dem Gesetz vom 7. März 1929 die Wartezeit erfüllt ist, die Nachprüfung beantragt werden. Der Antrag muß aber bis zum Schlusse des Jahres 1930 gestellt sein.

Preßlich, 11. Dez. In der letzten hier abgehaltenen Sitzung der Stadtvorordneten wurde u. a. für alle bedürftigen Einwohnern eine Summe von 600 RM. als Weihnachtsbeihilfe bewilligt. Herr Regierungsdirektor Dr. Krefel aus Merseburg machte Mitteilung, daß die Regierung beschließen habe, die über 5300 preußische Morgen große Domäne Preßlich mit den dazugehörigen Bommerten Kördin und Mauden nach dem 1. Juli 1933 zu Siedlungsweck zu verkaufen und aufzulösen. Die gegenwärtige Pächterin der Domäne, die Stadt Effen, deren Pachtzeit mit diesem Termin aufgelaufen ist, hat auf eine Wiederpacht verzichtet. Von der Domäne Preßlich umfasst das Bommert Kördin 3000 Morgen Acker, Wald und Felds, das Bommert Mauden 1700 Morgen Acker. Die übrigen 600 Morgen Domänenland liegen in Preßlich und Brünzger Für.

Gorsdorf, 12. Dez. Zum ersten Male, seit die Elfter nicht kann man jetzt auf für einen Dampfer leben, der bis Gorsdorf fährt mit. Das Fahrzeug schleppt für die Vagabunden auf einer Schiene die Arbeitsleute heran, welche zu den Arbeiten der Herzberg gebracht wird. Man wird durch diese Tatsache an das sehr alte Projekt erinnert, die Elfter bis zu den Kohlengruben im Kreise Liebenwerda schiffbar zu machen.

Deßau. (Entschädigungspflicht der Ueberlandzentrale.) Das Oberlandesgericht in Naumburg hat fobsen eine Entschädigung getroffen, die von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte Landwirtschaft ist. Vor etwa drei Jahren wurde ein Landwirt im Kreise Jerbst zwei wertvolle Pferde durch Einwirkung des elektrischen Stromes. Die Pferde waren auf dem Felde von einer zerrissenen Leitung der Ueberlandzentrale getroffen und getötet worden. Die Forderung des Pferdehalters nach Ersatz des ihm durch den Verlust der Tiere entstandenen Schadens lehnte die Ueberlandzentrale ab, so daß es zum Prozeß kam, der zugunsten des Klägers vom Oberlandesgericht entschieden worden ist. Die Ueberlandzentrale wurde zum vollen Ersatz des dem Landwirt entstandenen Schadens verurteilt.

Die Regulierung der Schwarzger Elfter. Jessen (Elfter). Zu der Nachricht über die Einstellung der Schwarzger durch die Unterhaltungs-gesellschaft Schwarzger Elfter ist zu sagen, daß diese Einstellung praktisch bedeutungslos ist. Die eigentlichen Regulierungsarbeiten sind längst beendet. Die restlichen Arbeiten betreffen lediglich Aufbaum- und Ausbesserungsarbeiten. Die Entschädigung um den Streik der Trägung der Rollen ist deshalb noch nicht erfüllt, weil die Unterhaltungs-gesellschaft die ihr vom Verwaltungsansatz gemachte Zugabe, eine Generalabrechnung über die bei den Regulierungsarbeiten entstandenen Kosten vorzulegen, noch nicht erfüllt hat.

Uebigau (Kr. Liebenwerda). Saugapparate für Ferkel. Ein hiesiger Handelsmann, dem ein Mutterfischweing eingegangen war, mußte sich dadurch zu helfen, daß er die mutterlosen jungen Tiere mit Hilfe eines Saugapparates ernährte. Dieser Apparat ist ein flutenartiger Behälter, in dessen Innenraum sich mehrere Gummifläuger befinden. Die Milch wird durch ein Blöschgefäß, das sich an der Außenseite des Behälters befindet, in die Gummifläuger geleitet, die von den kleinen Tieren gerne genommen werden. Die Erfindung des handelsmannes soll patentamtlich geschützt sein.

Massenentlassungen bei den Mitteldeutschen Stahlwerken

Cauchhammer. Wegen des anhaltend schlechten Absatzes an Braunkohlenbriketts haben die Mitteldeutschen Stahlwerke die Einstellung des Abraumbetriebes ihrer „Kogne-Grube“ zum 5. Januar bei der zuständigen Stelle beantragt. Von dieser Maßnahme werden etwa 350 Arbeiter und Angestellte betroffen, die für längere Zeit erwerbslos werden. Auch in den Stahl- und Stählenbetrieben der Mitteldeutschen Stahlwerke Cauchhammer fehlt es an Aufträgen. Das Werk steht sich daher genötigt, auch hier Einschränkungen vorzunehmen; die Wirkung aber nicht so weitgehend sein. Dargestellt ist die Entlegung einer längeren Weihnachtspause.

Neuer Gehaltsabbau bei der Mansfeld U.G.
Gisleben. Nachdem die Frage des weiteren Lohnabbaus mit den Arbeitgebervereinigungen und der Mansfeld U.G. bereits geregelt worden ist, ist jetzt auch zwischen der Mansfeld U.G. und den Angestelltenorganisationen ein Abkommen über den Abbau der Tarifgebühren ab 1. Januar 1931 getroffen worden. Die Tarifgebühren waren bereits im Juli dieses Jahres um zehn Prozent gekürzt worden. Der jetzt vereinbarte weitere Abbau beträgt 3,4 Prozent mit bei den Arbeitern.

Verbot aufreißender Plakate in der Provinz Sachsen
Magdeburg. Dem Beispiel der Rheinprovinz und der Provinz Hessen-Nassau folgend, hat nunmehr auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen in einer Folgeverordnung das Anbringen von Plakaten verboten, deren Inhalt den Arbeitern einer strafbaren Handlung erfüllt oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Auch die Verwendung der roten Farbe für Plakate, die nicht amtliche Bekanntmachungen enthalten, wurde verboten.

Nienburg. G e r a d e n f a h r. Auf dem Zement- und Kalkwerk „Sonderhof“ geriet der Schiffer Frig R a u t e beim Schmirren der Maschinenanteile ins Gerichte. Der erst seit einem Jahr verheiratete Mann wurde ins Gerichte gezogen und darauf zugewiesen, daß der Tod sofort eintrat.

Nordhausen. A m t s e n t w e r t u n g. Wegen Nichtachtung der Ministerialratsverordnung betr. Propagandafähigkeit und Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat das Disziplinargericht in Erfurt den Konrektor K l a g g e s und den Lehrer M e y e r in Bemedienstein aus dem Dienst ohne Pension, aber unter Zubilligung einer Lebenspension in Höhe des halben Gehalts für ein halbes Jahr entlassen.

Spandorf b. Meuselwitz. B e h r i n g e a l s F a h r m a n n e r. Hier wurde ein 15-jähriger Bursche bei der Ausgabe eines falschen Führerscheins festgehalten. Die Landjägerei kam dadurch einer fahrschülerwerkstätte auf die Spur. Als Haupttäter wurde ein in den Meuselwitzer Gutsverwaltern beschäftigter Lehrling ermittelt, der gemeinsam mit einem zweiten Jugendlichen verhaftet wurde. Vor dem Untersuchungsrichter legten beide ein Geständnis ab. Das Material zur Feststellung der falschfahrenden der Behrtinga von seiner Arbeitsstätte mitgenommen.

Schlager zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten
Leipzig. In der Soudorfer Straße in Leipzig-Leutzsch wurden etwa 35 auf dem Nachhauseweg begriffene Reichsbannerleute von 250 Antifaschisten überfallen und mit Säulen und anderen Gegenständen geschlagen. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt. Das Überfallkommando nahm fünf Personen fest. Bei ihnen wurden Taschengeld und feilschende Messer gefunden.

Dresden. V e r n a h m l i c h e M a ß n a h m e n. Der Bezirksverein Dresden im Landesverband der Sächsischen Presse hat beschloffen, von der Veranstaltung eines Presseballes mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage abzusehen. Dafür soll im Januar oder Februar zum Besten der Wohlfahrts-einrichtungen der Presse ein Kongert stattfinden.

Frohburg. B e s u c h a u s F r a n k r e i c h. Ein hiesiger Einwohner erhielt eines Tages den Besuch zweier Männer, von denen er anfangs nicht recht wußte, wo er sie „hinunt“ sollte. Mit etwen den Worten: „Ach bin Raymond Baingornat aus der Champagne“, französisch gesprochen, ließen sich bei der Fremden vor. Nun konnte sich der Frohburger langsam erinnern. Herr Baingornat war nämlich während des Krieges des nun zugewandten Quartiergebers gewesen und hatte seinen Sohn mitgebracht, der gut Deutsch sprach. Langweil hatte eine Reise nach Karlsbad unternommen und war dann nach Leipzig gekommen, wo er seinen beruflichen Frontarbeiten vorüber, ihr aber nicht finden konnte, bis schließlich Frohburg als neuer Wohnort ausfindig gemacht wurde. Das Verhältnis zwischen dem Deutschen und dem Franzosen kann kein schlechtes gewesen sein, denn sonst würde Herr Baingornat die Reise nicht unternommen haben. Die Freude des Wiedersehens war denn auch aufrichtig und herzlich, und der Franzose verabschiedete sich später mit einer Einladung an den Frohburger, der einmal nach Bourgne, dem Heimatort des anhaltenden früheren Quartierwirts zu kommen.

Berlin. F ü r 1 0 0 0 0 0 M a r k Z u w e l e n g e s t a h l e n. Ein schwerer ruffischer Grundbesitzerverwalter Bernatoff, der in einem der vornehmen Viertel im Berliner Westen wohnt, ist von einer noch jugendlichen Hausangestellten um einen Zuzenscheibler erleichtert worden. Als Ber-

Schenkst Du auch oft und vielerlei, Ein gutes Buch sei stets dabei!

mannt in der Nacht mit seiner Frau in einer Gesellschaft weite, erbrach die 18jährige Hausangestellte Ruth Jobel, die aus Breslau kommt, und leit 2 1/2 Monaten bei Bernatoff in Stellung war, alle Käse und Behälter und lachte mit ihrem Anhalt das Weite. Als die Dienherrschaft heimkehrte, fehlten außer dem Dienstmädchen nicht nur sämtliche Behälter der Frau und deren Aussteuer an lebender Nahrung, sondern auch die Kassetten mit den wertvollen Schmuckstücken, darunter mehrere Perlenketten, Brillant- und so weiter im Gesamtwert von über 100 000 Mark. Ruth Jobel führte zwar ein recht flottcs Leben mit (schneidigen Cavalieren; sie trug sich aber als Hausangestellte durchaus zu bewahren. Die Kriminalpolizei hat einen Steckbrief hinter der Fingerringen ertrot. Der große Umfang der gestohlenen Sachen und die Tatsache, daß Ruth sich an schwererwertbaren Schmuckstücken vergriffen hat, lassen darauf schließen, daß sie Helfershelfer gehabt hat.

Berlin. Drei Privatkraftwagen v e r b r a n n t. In der Automobil- und Motorenreparaturwerkstatt von Max Schmelz in der Friedrichshagen Straße 38 in Köpenick brach ein Brand aus. Der Feuerwehrr gelang es innerhalb einer Stunde, den Brand abzulösen. Es brannte ein Fachwerkschuppen nieder. Vernichtet wurden ferner drei Privatkraftwagen sowie mehrere vollkommen neue Reparaturmaschinen. Es wurde erheblicher Schaden angerichtet, der aber teilweise durch Versicherung gedeckt ist.

Magdeburg. E r d b o r o r k o m m e n i n W e s e n s l e b e n. In Wesensleben, etwa 40 Kilometer nördlich von Magdeburg gelegen, ist in dem hügeligen Gelände ein Erdbecken festgestellt worden. Künstlich ist, daß hier bei dem etwa 90 bis 100 Meter tief liegenden Erdbecken — im Gegenfall zu den fossilen Bohrungeu von der Erdoberfläche aus — die Bohrarbeiten erst von einer Tiefe von 780 Metern ausgeführt werden und daß für die Förderung des Gases die alten Schachanlagen zur Verfügung stehen. Die Nutzung des Erdgas, das einen starken Geruch nach Petroleum und Benzin aufweist und dessen Analyse von fachmännischer Seite gegeben wurde, liegt in den Händen der Erdgasgesellschaft Allershal mit dem Sitz in Wesensleben.

Solingen. S c h u p p e - K r a f t w a g e n u m g e f ä h r t. Ein Kraftwagen der Schuppelofen schlug mit 25 Beamten, die vom Schießplatz in Burgholz zurückkehrten, auf einem schmalen Wege in den Wupperbergen um und stürzte die Böschung hinunter. Das Überfallkommando von Solingen wurde herbeigerufen und leitete mit mehreren Verletzten die erste Hilfe. Drei Beamte mußten mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus geschafft werden. Einige Beamte wurden leicht verletzt, die übrigen kamen mit dem Schrecken davon.



Humoristische Roman von Bert Oehlmann

Die tolle Waise
Mit diesem Roman führt uns der Autor in ein Gebiet, das in Zeitungsmagazinen leider selten findet, in das Land des goldenen, lockigen Humors. Gerade ihn brauchen wir in diesen schweren Tagen um so dringender, denn der Mensch, der das Leben verliert, ist nur noch ein halber Mensch. Hier in diesem Buch folgen in raschem Lauf die lustigen Ereignisse nacheinander, komische Schicksale und Ideen, die wieder Dramatische ist sich dann die Handlung so bis plötzlich der verknüpfte Knoten auseinander fällt. Das alles kann man nicht übersehen, das muß man selbst erleben um auch mitfühlen zu können. Die tolle Waise ist der Roman der bei jedem Leser die behagliche Veranlassung auslöst die ihm in der Zukunft nennt
Schriftleitung und Verlag.

Brennholz-Verkauf

der Oberförsterei Gräfenhainichen
am Montag, den 29. Dezember 1930, vorm. 9 Uhr in dem Gasthaus Pannicke in Schlessen:
Försterei Brestle: Schläge Jagd 117 und 137: 34 rm Eichen Kloben 2,50 m lang (Steile), 40 rm Eichen Kloben und Knüppel 1 m lang, 130 rm Scheit, Kloben und Knüppel von Eiche und Kiefer 1 m lg., 70 rm Kloben und Knüppel von Birke u. Erle 1 m lg., 275 rm Kiefern Scheit und Knüppel 1 m lg.
Försterei Ellersborn: Schläge Jagd 25, 48, 57: 19 rm Eichen Scheit, 70 rm Kiefern Scheit.
Försterei Sarmen: Schlag Jagd 45 und Totalität: 186 rm Kiefern Scheit und Knüppel
Besahlung kann im Termin erfolgen.
Der Preussische Staatsoberförster

Mutholz-Verkauf

der Oberförsterei Gräfenhainichen
am Montag, den 5. Januar 1931, vorm. 10 Uhr in der „Weintraube“ in Gräfenhainichen
Försterei Brestle: Schlag Jagd 117a: 391 Kiefern Kl 1-6 = 386 m, darunter auch gutes Nadelholz.
Försterei Ellersborn: Schläge Jagd 25, 48 und 57: 2 Eichen 5 u. 6 Kl. = 2,50 fm, 3 Birken 2 u. 3 Kl. = 2,- fm, 700 Kiefern 1-5 Kl. = 393 fm
Försterei Sarmen: Schlag Jagd 45 und Totalität Hauptnutzung: 700 Kiefern 1-5 Kl. = 470 fm
Besahlung kann im Termin erfolgen. Aufmaßstücken können nur bei sofortiger Bestellung gegen Erstattung der vorgeschriebenen Gebühr geliefert werden. Es enthalten: Birke 1: das Holz der Försterei Brestle, Birke 11: Ellersborn, Birke 111: Sarmen.
Der Preussische Staatsoberförster

Rüchkenkanten

empfehlen in reicher Auswahl
Richard Arnold

Schenken Sie Zigarren!

noch vor der Erhöhung in 100, 50, 25 und 10 Stück Packungen in reicher Auswahl
Tabake, Zigaretten
E. G. Vseil

Illustrierte Hauskalender

zu haben bei Richard Arnold

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.
Vollst. schmerz lindern des Zahnziehen
Pombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kunstschmelz Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützabz.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Ein frischmilchende Färsen Ein Schwein zum Hausfleisch

zum Hausfleisch
gibt ab. Wo sagt die Gefährtsstelle d. Bl.

hebt preiswert zum Verkauf
Seem. Dietrich, Weinbergstr. 22



Sprech-Apparat

der Weltmarken
Columbia und Parlophon
Besichtigen Sie bitte mein Spezialkatalog und überzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit
Schallplatten
in Columbia, Parlophon, Odeon und Vega sind Marken von Weltrenf.
Größte Auswahl in Apparaten und Schallplatten am Platze
Otto Leibniz, Uhrmacher
Kemberg, Leipzigerstrasse 35

Bettfedern

Graue Kissenfedern Pfd. 95 Pfg. u. 1,25 Mk.
Enten-Mischfedern Pfd. 1,80 Mk.
halbweiße Federn Pfd. 3,— Mk. u. 3,50 Mk.
reinweiße Gänsefedern und Halbdaunen in verschiedenen Sorten zu allerbilligsten Preisen.

Sie erhalten bei mir nur erstklassige Ware, doppelt gereinigt und füllfertig, zu allergniedrigsten Preisen. Lassen Sie sich bitte meine Bettfedern-Qualitäten unverbindlich zeigen, damit Sie sich von meiner Preiswürdigkeit überzeugen können.

Wilhelm Weydanz :-: Kemberg

Reise-Koffer

in verschiedenen Größen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Straße



Christbaumschmuck

Feenhaar, Engelshaar, Lametta
Eiswatte, Gold- u. Silber schmuck

Baumbehang

in Glas, Zucker, Schokolade

Christbaum-Kerzen

Licht- und Nusshalter
Wunderkerzen

empfiehlt

Richard Arnold, Leipziger Straße 64/65

Ein guter Gedanke!!

Praktische Geschenke

Oberhemden Nachthemden Einsäthemden	Kragen u. Vorhemden in Leinen und Dauerwäsche	Selbstbinder Schleifen Regattes
Cadenez Woll- und Seiden- Schals	Hosenträger Garnituren Gamashen	Ceder-, Stoff- u. Strick- Handschuhe
Pullover Sportwesten	Strick-Kleider	Sportstrümpfe Socken
Hüte	Basken- Mützen	Mützen
Regenschirme		Stöcke

von

Rich. Hamann, Kemberg, am Markt

Ein gut erhaltenes

Kinder-Kino

mit laufendem und stehendem Film,
billig zu verkaufen

Leipziger Straße 72 e

Dahelbst ist auch ein

Kinderfahrrad

zu verkaufen

Federn

verkauft

Selbig Nr. 6

Zur Festbäckerei

empfiehlt

Mandeln
Sultaninen
Rosinen
Mandel-Ersatz
Citronen
Citronat
Margarine
Palmin
Mohn
Ringäpfel
Frische Äpfel
ferner noch

Walnüsse
Haselnüsse
Schok. Herzen
Gefüllte Bomben
Schokoladen
Konfekte
Weihnachtskerzen
in frischen besten Qualitäten billigt
bei **C. G. Pfeil**

Bestellungen auf

Weihnachtsgänse und -Enten

(Fund 1,10 Mark)

nimmt bis 19. Dezember entgegen

**Herm. Post,
Weinbergstraße 3**

Morgen Dienstag früh

empfiehlt

Grüne Seringe frischen Schellfisch

Emma Heinicke

Dienstag früh von 9 Uhr ab

frischen Schellfisch Fischfilet

grüne Seringe Fettbücklinge

zu bekannt billigen Preisen
Paul Miergsehke

Butterbrotpapier

empfiehlt **Richard Arnold**

Billige Weine

Malaga	3/4 Liter M.	1,35
Taragona	" "	1,20
Echt Wermutwein	" "	1,20
Span Weißwein	" "	1,40
Rhein Weißwein	" "	1,—
Rotwein	" "	1,—
Johannisbeerwein	" "	0,90
Apfelwein	" "	0,60

Rum's Arrac

Weinbrände

Weinbrand-Verschnitt

reide Auswahl in

Likören

erhältlich in besten Qualitäten
bei **C. G. Pfeil**

Kristallzucker

ff. Raffinade,
Puderzucker,
Blauemohn,
Rosinen,
Sultaninen,
Corinthen,
Mandeln-Citronat

in bester Qualität empfiehlt

Ww. W. Becker,

Wittenberger Straße 19

Weizenmehl

nur beste ergebige Marken,
Lose u. in 5 Pfd.-Zeitenduchbeuteln

empfiehlt

Ernst Wend, Bädermeister

Trockenes kiefernes

Brennholz

gibt ab

Franz Zipperling, Onieft

Stube und Küche

mit Keller und Bodenraum

zu vermieten

Fr. Heym, Eisen- u. Kurzwaren

Gewerbe-Verein

Dienstag, den 16. Dezember, dor-

mittags von 1/9 bis 10 Uhr im

Schützenhaus

Sprechstunde

Herr Krupzig ist bestimmt anwesend

Der Vorstand.

Als praktische u. nützliche Weihnachtsgeschenke

empfiehlt der Unterzeichnete zu soliden Preisen sein Lager in

Uhren aller Gattungen

in größter Auswahl in nur modernsten Ausführungen unter stetem Eingang der letzten praktischen Neuheiten. Fachmännische Beratung in Bezug auf Zweckdienlichkeit. Preise in meiner Auslage ersichtlich.

TRAURINGE Neuheiten in Gold- und Double-
Ohringen, Ketten
Colliers, Ringen usw.
in guter Auswahl.

Spezialität

Trauringe auch in den billigsten Preislagen. Solche in 8 und 14 Karat sind zur sofortigen

Bedeutung in großer Auswahl und allen Größen am Lager.

Die besten Stücke werden mit genauer Gewichtsangabe verkauft

Div. optische Artikel. Moderne Brillen und Ersatzteile für Reparaturen

Gute Beratung bei schlechtem Sehen. Jede Auskunft unverbindlich. **40jährige Erfahrungen.**

Standuhren

in großer Auswahl zu sehr niedrigen Preisen mit besonders schön und vollklingenden Schlagwerken.

Robert Heyne, Uhrmachermeister, Kemberg, Markt 12

Günstige Gelegenheit!

Der große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden (Band 1—7 bereits erschienen). Durch besondere Umstände noch zum „Subskriptionspreis“ erhältlich. —

Ein besonders wertvolles Weihnachtsgeschenk!

Richard Arnold, Buchhandl., Kemberg

Das Goldproblem.

England und die Moratoriumsfrage.

London, 13. Dezember.

Maßgebende amerikanische Finanzstellen haben wissen lassen, daß Amerika in der Frage der Goldreserven bereit sei, etwaigen Plänen für eine Zusammenarbeit mit Europa ernste Aufmerksamkeit zu schenken, vorausgesetzt, daß zunächst eine Einigung zwischen England und Frankreich erzielt würde.

Das Goldproblem made ganz besonders der englischen Regierung erhebliche Sorgen. Es lange an, seinen Einfluß auf die internationale Politik deutlich fühlbar zu machen. Das treffe in erster Linie für die Frage der Kriegsschulden und der Reparationszahlungen zu.

Die englische Regierung habe keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um den anderen Staaten die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion durch die Zentralbanken vorzuhalten. Aber Frankreich sei teils aus alter Gewohnheit, teils aus politischen Gründen nicht geneigt, seine bisherige Politik aufzugeben und seine großen Goldreserven flüssig zu machen.

Es sei sicherlich Tatsache, so heißt es im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer englisch-französischen Verständigung weiter, daß Snowden und das britische Kabinett es außerordentlich bedauern würden, wenn Deutschland die Moratoriumsfrage aufwerfen würde. Die britische Regierung betrachte einen solchen Schritt zurzeit als unbedeutend. Die Regierung begründe das damit, daß weder der deutsche Wirtschaftslieferungsstand noch die deutsche Besteuerung sich mit dem britischen Wirtschaftslieferungsstand und der britischen Besteuerung messen könnten. Wahrscheinlicher spielen aber noch stärkere Gründe eine Rolle, wenn die britische Regierung wünsche, Deutschland möge davon Abstand nehmen, die ersten Schritte in der Frage des Moratoriums zu tun. England sei nämlich der Ansicht, daß das Goldproblem zuerst geregelt werden müsse. Eine solche Regelung würde die Lasten aller Schuldnerstaaten erleichtern, und dann würde es vielleicht für das Deutsche Reich nicht notwendig sein, ein Moratorium zu beantragen.

Zu derselben Frage bemerkt der „Daily Herald“: „Sollte im Frühjahr sich die Krisis nicht gebessert haben, so ist es außerordentlich zweifelhaft, ob Deutschland in der Lage sein wird, weiterhin seine Zahlungen zu leisten.“ Die ganze Frage der Reparationen und Kriegsschulden müsse zweifellos erneut erwohnen werden, andernfalls würden sich die Schwierigkeiten sowohl für Europa als auch für Amerika wesentlich verstärken. Die „News Chronicle“ tritt für die baldige Übernahme einer Finanzkonferenz ein, wie sie von Titulescu beantragt wurde. Sie werde sicherlich die Unterstützung Deutschlands und hoffentlich auch Englands finden. Alle Sachverständigen einschließlic Lord D'Abernon und Mackenna seien sich darüber einig, daß die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftslage im finanziellen Problem zu suchen liege. Hier könne der Völkerbund wirklich einmal etwas Gutes leisten.

Friede und Revision.

Die Ziele des ungarischen Außenministers.

Budapest, 14. Dezember.

In der Budapest Presse wird die Antiräterde des neuen ungarischen Außenministers, des Grafen Julius Karolyi, im wesentlichen wie folgt kommentiert: Die Politik des Grafen Julius Karolyi läßt sich nach seiner ersten amtlichen Rede in die Worte zusammenfassen: Friede und Revision. Obgleich Dr. Karolyi betont, in gerader Linie die bisherige ungarische Außenpolitik fortzuführen, ist doch festzustellen, daß während der bisherigen Außenminister Dr. Bartha die „Verwirklichung der Revision“ als vollständig dem

Ministerpräsidenten Graf Bethlen überließ, der neue Minister schon beim Amtsantritt erklärt, sich nicht nur mit der Verwirklichung des Revisionensbegriffens durch den Regierungsrat zu begnügen, sondern auch innerhalb seines Ressorts auf praktischem Gebiete in diesem Sinne wirken zu wollen. Weiter wird festgestellt, daß neben Anshoff und dem seit seiner Rede vom 20. November offenbar als nicht besonders günstig anzusehenden Dr. Curtius nunmehr auch das ungarische Auswärtige Amt, das bisher eine gewisse Zurückhaltung zeigte, in die Beförderung des Revisionensbegriffens durch praktische Arbeit eingestiegen.

Sowjetrussischer Finanzalarm.

Die Sabotage als Grund der Niedertage.

Moskau, 13. Dezember.

Der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion hat einen Aufruf erlassen, in dem mit eindringlichen Worten auf die katastrophale Finanzlage hingewiesen und unbedingte Einhaltung der in dem Wirtschaftsprogramm für das Sonder-Vierteljahr vorgezeichneten Ausgabenbegrenzung gefordert wird.

Für die Wirtschaftsunternehmungen wird die Notwendigkeit einer Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse unterstrichen und gefordert, daß alle Mittel zur Heranziehung der Spargelder zum Aufbau der Wirtschaft ergriffen werden. Zu einem bedeutenden Teil müsse die Durchführung der Industrialisierung auch weiter auf Kosten der Volksmittel gehen. Die nachlässige Durchführung, in vielen Fällen sogar die direkte Sabotage der Befehle der Regierung und der Partei hinsichtlich der Finanzierung des Aufbaus, habe eine alarmierende Lage geschaffen.

Zahlreiche Behörden und wirtschaftliche Organisationen machten gegenüber dem Programm wesentliche vermehrte Ausgaben, ohne sich über die Deckungsmöglichkeit Kopfzerbrechen zu bereiten. Eine derartige Wirtschaftsmißstände auf einem Zusammenbruch des ganzen Planes führen, deshalb lie die Finanzdisziplin zu halten.

Weitere Filmverbote.

Der Film vom Koblenzer Stahlhelmtag verboten.

Berlin, 13. Dezember.

Die Filmprüfstelle in Berlin hatte sich mit dem Film zu befassen, der vom 11. Reichstagsjubiläumstag in Koblenz hergestellt worden war.

Nach dreiviertelstündiger Beratung veränderte der Vorsitzende der Kammer den Beschluß: Die Aufführung des Films ist verboten.

In der Begründung hieß es, der Film sei geeignet, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden. Ebenso gefährde er die Beziehungen Deutschlands zum Ausland, da man im Ausland aus den im Film gezeigten Bildern, die militärische Bereitschaft Deutschlands zum Kriege erkennen könnte.

Die Filmoberprüfstelle unter Leitung von Ministerialrat Seeger beschloß sich mit mehreren Anträgen auf Widerruf der Zulassung zweier Filme. Zunächst wurden auf Antrag der Thüringischen Regierung aus dem Film „Das Geschlechtsleben und seine Folgen“ zwei beanstandete Stellen verboten, die die Wirkung der Empfängnis auf menschliche Körper und den Vorgang der Geburt zeigen. Schließlich hatte sich die Filmoberprüfstelle mit dem Antrag auf Widerruf der Zulassung des Films „Gebänderte Kraft“, eines Werbefilms für Elektrizitätsverbrauch zu beschäftigen. In diesem Film wird die Figur des heiligen Petrus benutzt, um Reklame zu machen. Die Filmoberprüfstelle kam nach kurzer Beratung zu dem Verbot der beschrifteten Rahmenhandlung mit der Begründung, daß die Darstellung des Petrus geeignet sei, das religiöse Empfinden der katholischen Volksschichten zu verletzen.

Was das Ausland sagt.

Londoner und Pariser Stimmen zum Filmverbot.

London. Die Londoner Presse lehnt dem Verbot des Films „Am Welken nichts Neues“ ziemlich Aufmerksamkeit, jedoch keinen besonderen Kommentar. Der Film sei nur ein Vorwand für eine politische Demonstration gewesen, lag der Berliner Mitarbeiter der „Times“ Selbst die nation-

nalistische Presse hätte wenig Einmände gegen den Film selbst erhoben. Wenn behauptet würde, daß die charakteristischen Züge des Films deutlich fühlbar gewesen wären, so trübe dies auch auf andere Filme wie „Wings“ und „Die große Parade“ zu. Das Verbot, das nach sechs Tagen offenbar künstlicher Agitation unter einer Regierung herausgekommen sei, die sonst bei anderen Gelegenheiten eine feste Hand gezeigt habe, müßte die Extremen ermutigen, die jetzt Haß und Verherrlichung des Krieges unter der Jugend predigen. Die Entscheidung der deutschen Regierung, so sagt die „Morning Post“, ließe in klarem Gegensatz zu der Haltung der preussischen Regierung, denn Herr Seeger habe doch gesagt, daß er in dem Film nichts Deutschfeindliches sehen könne.

Paris. Die späten Pariser Morgenblätter wie „Petit Parisien“ und „Matin“ beschäftigen sich eingehend mit dem Verbot des Films „Am Welken nichts Neues“ für Deutschland. Während der „Matin“ das Verbot als einen ersten großen Sieg der Nationalsozialisten nach dem Wahlen vom 14. September bezeichnet, betont der „Petit Parisien“, daß die von der Oberprüfstelle angeführten Gründe keine Grundlage begnügt hier schon recht lebhaft zu werden. Verschiedene Verbände, die Deutsche Turnerische und die Frontkämpfervereinigungen verlangen ein Verbot und erwarten, daß der Innenminister eine rasche Entscheidung treffen wird, um einer Verurteilung der Öffentlichkeit rechtzeitig zu begegnen, da im Falle der Aufführung des Remarque-Films mit Gegenkundgebungen sicher zu rechnen lie.

Deisterreich gegen den Remarque-Film

Wien, 15. Dezember.

Der Streit um den Film „Am Welken nichts Neues“, dessen Aufführung für Anfang Januar in Wien bereits angekündigt ist, behält hier schon recht lebhaft zu werden. Verschiedene Verbände, die Deutsche Turnerische und die Frontkämpfervereinigungen verlangen ein Verbot und erwarten, daß der Innenminister eine rasche Entscheidung treffen wird, um einer Verurteilung der Öffentlichkeit rechtzeitig zu begegnen, da im Falle der Aufführung des Remarque-Films mit Gegenkundgebungen sicher zu rechnen lie.

Das Kabinett Steeg.

Die Gegnerschaft Lardius.

Paris, 14. Dezember.

Mit größerer Zügigkeit als die vor ihm beauftragten Politiker hat der Chef des neuen französischen Kabinetts, der Ministerpräsident und Kolonialminister Steeg, die ihm vom Präsidenten der Republik gestellte Aufgabe zum Erfolg geführt.

Steeg ist ein alter politischer Praktiker, und wenn er auch bisher weniger hervorgetreten ist, so hat ihm seine lange Laufbahn doch Verbindungen geschaffen, die er jetzt fruchtbar machen konnte und die es ihm ermöglicht haben, Schwierigkeiten zu überwinden, an denen andere gelehrte und gelehrte politische Geschäftsmänner scheitern würden. Bei der Zusammenlegung einer Regierung, von den 18 Ministern des neuen Kabinetts gehören sieben der radikalen Partei an, zu der auch Steeg selbst zählt, zwei der Republikanisch-Sozialistischen Partei, drei der Radikalen Linken, zwei der Demokratisch-Radikalen Union, einer der Republikanischen Union und drei der linken republikanischen Partei. Ebenso verteilen sich die dem Kabinett zugehörigen 12 Unterstaatssekretäre auf alle diese Parteien.

Nach Gruppen betrachtet, zählt das neue Kabinett 5 Mitglieder der Radikalengruppe, Vertreter der republikanischen Linken und der Gruppe Marain, es könnte also behauptet werden, daß die Zusammensetzung der Regierung eine große Koalition in Frankreich betrachtet werden, wenn nicht doch bei genauerem Zusehen die personale Zusammenlegung dieses Ministeriums eine sehr deutliche Neigung nach links erkennen ließe. Es kommt hinzu, daß Lardius selbst noch in letzter Minute versucht hat, den Erfolg Steegs dadurch zu vereiteln, daß er in einer vertraulichen Besprechung mit sämtlichen Mitgliedern seines früheren Kabinetts diese bescheinigen wollte, Steeg ihre Unterstützung zu verweigern und daß tatsächlich einige der früheren Mitarbeiter Lardius dieser parole gefolgt sind.



Humoristische Roman von Carl Oehlmann

Die tolle Miss

Graf Hugo von Brendin auf Brendin ging mit langen, bittigen Schritten zwischen Fenster und Schreibtisch auf und ab und schickte mit strengem Gesicht vor dem Kulbessel stehen zu bleiben, aus dem ein paar silberne, lebendbetrumpfte Beine gelangweilt hervorlugten.

„Was zum Teufel ist, ist zum Teufel, sprach er stirnrunzelnd, merklich besorgt, seiner Stimme einen befehlenden Unterton zu verleihen. „Es wird endlich Zeit, daß dem Unling ein Ziel gesetzt wird. Das ist auch der Grund, weshalb ich nach Salzburg geschrieben habe. Tante Eliza wird sich in zwei Tagen hier einfinden.“

Ein Knarren erschall aus der Tiefe des Sessels, so, als wenn ein Dutzend fernsehender Zähne ein London jermalmen.

„Ach rate dir, Tante Eliza mit aller ihr gebührenden Achtung und dem größten Respekt zu begegnen, andernfalls ist mich doch genötigt sehen würde, andere Gaiten aufzuziehen. Dein Betragen ist nahezu handlungs- und einer angehenden jungen Dame im höchsten Grade unwürdig. Ich wünsche, daß sich dies ändert.“

Aus dem Sessel klang ein Gähnen.

„Soll du mich verstanden?“

„Gott, Pa, was bist du heute kriegerisch gestimmt!“

„Suff!“

Ein blonder Wuschelkopf tauchte über dem Rand des Sessels auf.

„Aber, Pa, was ist sprichst du nur heute lo laut?“

„Suff erzuerte mich nicht, meine Geduld ist erschöpft. Keines! Andere Mädchen in deinem Alter sind bereits wohlbezogene junge Damen, der Stolz ihrer Eltern, und du —“

„Und ich?“

„Du bist ein naives, vorlautes, ungezogenes und nur auf nichtswürdige Streiche bedachtes Göhr! Als ich lo alt war wie du —“

„— warst du genau lo Dintel Theo hat es mir erzählt.“

„Willst du endlich die ewigen Widerworte unterlassen? Aber warte nur! Ich werde Tante Eliza alles erzählen, damit sie es nicht verläumt, dir mit aller Strenge den Kopf zurechtzuheben. Haarklein werde ich dir berichten, wie du dich hier aufführst! Und außerdem noch, daß man dich vor acht Tagen aus der Pension entlassen hat —“

„— rausgeschmissen! Pa! Rausgeschmissen!“

„— rausgeschmissen hat, jawohl! Ich werde ihr sagen — ich werde ihr eben alles sagen und ihr in Dingen die deine Erziehung entgegen, weitgehende Freiheit lassen!“

Suff erhob sich, kränkte mit unbedeutend gleichgültiger Miene die Bonkontüte zusammen und wandte sich zur Tür.

„Tante Eliza kann mir den Buxel herunterrutschen!“ erklärte sie hier mit respektloser Geste. Dann war sie mit einem Hulch hinaus.

Kometz Suff ließ die Treppe hinab. Auf der zweiten Hälfte, wo das Geländer lo herrlich breit war, verschmähte sie die Stufen und rutschte an ihm hinunter. Dabei dachte sie an den Film, den sie neulich gesehen, und in dem Maro Richard auch lo genial gerichtet war. Mit kindlicher Freude erreichte sie das Ziel der Leiter, als viel zu kurzen Fahrt und landete mit einem „Soppia, hehe!“ unten in der Diele.

„Da wären wir!“ stellte sie fest und öffnete von neuem die knisternde Türe. Als sie langsam den Raum durchschlenderte, hemmte sie plötzlich den Schritt und sah auf einem Bilde auf, das einen köstlichen Ehrenplatz inmitten anderer einnahm.

Es stellte eine ältliche Dame mit folgendem, runzeligem Antlitz dar. Der Maler war fraglos beirret gewesen, obwohl den Bidel auf der spitzigen Nase, als auch das liets die schmalen Rippen umspielende laute Vögelchen naturgetreu auf die Leinwand zu bannen. Tante Eliza. Der einzige

Mensch, den Suff absolut nicht „ziehen“ konnte. In ihren Augen die „alte Schranke“, die den „Anstand“ und die „guten Sitten“ mit „Vöfeln gefuttert“ hatte, Tante Eliza, die „alte Jungfer“, die „Teufelin“, der „Drauf“, die „personifizierte Gemeinheit und Niederrichtigkeit“, die —

„Warte, du!“ riefte Suff. „Du willst herkommen und mich wieder mal zwiebeln? Du! Das werde ich dir verzeihen.“

Und hier flohen die Bonbons zu dem Bilde empor.

„Hurra — sie leben!“ triumphierte sie, als es die Bonbons vorzogen, nicht herabzukommen, sondern es sich dafür zwischen den Knurren Augen und neben dem Bidel bequem zu machen.

„So!“ atmete sie auf, als die Tüte endlich leer war. „Das lag dir eine Warnung sein!“

Eine flammende Zornesrote erhob sich über ihre Wangen. Den Mund hielt sie halb geöffnet, lo daß zwei Reihen blendend weißer, tabellor Zähne sichtbar wurden. Wie eine stürmende Nachschöpfung sah sie aus, und dabei schön, lo schön, wie sie es selbst nicht ahnte, trotzdem sie täglich nahezu zwei Stunden vor dem Spiegel ihres Zimmers im ersten Stof verbrachte.

Nach ein kurzer Blick aus strahlenden Augen hinauf zur nichtswürdigen Tante, denn diese lie im Vorhinsticht davon. Gerade zu rechter Zeit, denn der Mann, der vor einigen Minuten beim Nagen der Kometz kungs hinter eine der Portieren gekrumpen war, hatte das Nagen wirklich nicht länger unterdrücken können. „Satsch!“ tönte es, und dann noch einmal in rhytmischem Dreivierteltakt „Satsch!“ Die Portiere schlug auseinander.

Ein Mann in Chauffeurkleidung kam zum Vorschein. Mit einem hornerbaren Vödeln sah er in die Richtung, in der Suff verblümmen war, dann wandte er sich dem Bilde Tante Elizas zu. Ein Vödeln, ein frohes, melodisches Vödeln klang aus seinem Munde. Dann durchmach er hurtig die Diele und krieg die käuferbelegte Treppe hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

Die Gegnerschaft Tardeus wird sich auch alsbald praktisch auswirken, und pessimistische Stimmen der Pariser Presse befürchten, daß es der Opposition sehr bald gelingen werde, dem neuen Ministerpräsidenten aus dem Sattel zu heben. Neben den Anhängern Tardeus steht von vornherein die Gruppe Marin in Opposition, aber dank der geschickten Auswahl seiner Mitarbeiter wird Steeg zum mindesten den Versuch wagen können, diese Gegnerschaft auszuwässern. Allerdings wird er sich von vornherein die Unterstützung der Sozialisten sichern müssen, wenn er sich behaupten will. Die französischen Sozialisten werden damit vor eine schwierige Frage gestellt sein, aber man kann sich vorstellen, daß sie trotzdem ihre Stimmen in die Waagschale Steegs werfen werden, in der Erkenntnis, daß sie damit das kleinere Übel wählen gegenüber dem bisherigen Ruus und gegenüber dem, was nach einem Sturz von Steeg zu erwarten wäre.

Die Tatsache, daß Briand auch in dem neuen Kabinett die auswärtige Politik leitet, verdient weniger deshalb hervorzuheben zu werden, weil sie die Stetigkeit des außenpolitischen Kurzes gewährleistet, als deshalb, weil man annehmen darf, daß Briand die neue Kombination angenehmer empfinden wird als die bisherige Belastung seiner Arbeit durch Tardeus. Nebenbei verdient noch bemerkt zu werden, daß Steeg Protestant ist und daß also zur Zeit in dem überwiegend katholischen Frankreich sowohl der Staatspräsident wie der Chef des Kabinetts der konfessionellen Minderheit angehören.

Im Schatten Chaumemps.

Bildung einer Kartellregierung durch Steeg.

Paris, 14. Dezember.

Senator Steeg hat seine Besprechungen mit den Führern der Parteien bis in die frühen Morgenstunden fortgesetzt und wird voraussichtlich in den nächsten Stunden die amtliche Ministerliste bekanntgeben. Das neue Kabinett kann seiner Zusammenlegung nach als eine Wiederherstellung des alten Kartells angesehen werden, das auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen ist.

Von der Tardeuschen Mehrheit haben lediglich einige Minister wie Cagnues und Chéron ein Portfeuille angenommen, allerdings ohne Billigung ihrer Parteien. Hinter der neuen Regierung stehen nur die Gruppen von den Radikalsocialisten bis zum linken Flügel des Zentrums, der jedoch nicht als geschlossen zum neuen Kabinett gehörend angesehen werden kann. Man hatte bis in die späten Abendstunden noch gehofft, daß eine Konzentration möglich wäre. Lediglich eine Gruppe Anhänger haben aber auf ihrem Standpunkt beharrt und jede Mitarbeit abgelehnt, wenn nicht die Marin-Gruppen einbezogen würde.

In den ersten Morgenstunden wird nunmehr die folgende Ministerliste bekannt, die kaum noch Veränderungen erfahren dürfte:

Die Ministerliste.

Ministerpräsident: Steeg,
Innenminister: Cagnues,
Justizminister: Chéron,
Finanzminister: Briand,
Zugangsminister: Germain Martin,
Haushaltsminister: Palmade,
Kriegsminister: Barthou,
Kriegsmarineminister: Sarraut,
Unterrichtminister: Chaumemps,
Handelsminister: Doumer (?),
Minister für öffentliche Arbeiten: Valadier,
Kolonialminister: Steeg,
Luftfahrtminister: Painlevé.

Es handelt sich also im Grunde genommen um dieselbe Kombination, die der Radikalsocialist Chaumemps Anfang des Jahres bereits einmal zusammengestellt hatte und die schon am ersten Tage gestürzt wurde. In parlamentarischen Kreisen gehen die Ansichten über die Lebensfähigkeit auseinander, doch ist man der allgemeinen Auffassung, daß dem neuen Kabinett keine lange Tätigkeit beschieden sein dürfte. In Kreisen der Opposition kann man sogar, daß die Regierung Steeg, die sich am Mittwoch der Kammer vorstellen soll, den Donnerstagsmorgen nicht erleben wird.

Vor Neuwahlen in Frankreich.

Keine Lösung der Regierungskrise.

Paris, 13. Dezember.

Auch die Berufung des radikalsten Senators Steeg hat in der politischen Krise Frankreichs keine Veränderung gebracht, falls nicht die abschließende Fassung selbst der vier Parteien gegenüber einem Kabinett Steeg als solche

Deutsches Gold und Haben.



Dezernieren will. Sämtliche Blätter zeigten sich am Freitag mehr oder weniger pessimistisch und rechen damit, daß der radikalste Senator noch im Laufe des heutigen Tages seinen radikalen Senator seinen Auftrag zurückgibt. Man spricht daher auch immer mehr von einem neuen Versuch des Staatspräsidenten, Poincaré doch noch zur Annahme zu bewegen, rechnet auf der anderen Seite aber auch damit, daß der ehemalige Staatspräsident und Ministerpräsident einen derartigen Auftrag niemals annehmen wird, da sein Gesundheitszustand es ihm nicht erlaubt.

Einige Blätter schieben Briand in den Vordergrund, dem es unter Umständen glücken könnte, eine Mehrheit hinter sich zu versammeln. Ob aber Poincaré und Tardeus, die nach wie vor die freiesten Berater des Staatspräsidenten bleiben, diese Ansicht teilen, scheint mehr als zweifelhaft. Manche sehen unter diesen Umständen in der Auflösung der Kammer und der Ausschreibung von Neuwahlen den einzigen Ausweg aus der Krise.

Der Frankfurterkrieg in Belgien.

Keine Legende, sondern Tatsache.

Berlin, 14. Dezember.

Am 12. wird mitgeteilt: Die „Independance Belge“ vom 6. Dezember veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit dem Gefandten z. D. Freiherrn von der Landen über sein kürzlich erschienenen Buch „Meine dreißig Dienstjahre“ und insbesondere über seine Erfahrungen und Erlebnisse während des Krieges als Chef der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Brüssel.

Gefandten von der Landen legt Wert darauf, festzustellen, daß die ihm bezüglich des Frankfurterkrieges in den Mund gelegten Neuheiten nicht der Wahrheit entsprechen. Weit entfernt, den deutschen Truppen irgendeinen Vorrang zu machen, hat der Gefandte von der Landen darauf hingewiesen, daß den belgischen Behörden ein großer Teil der Schuld an den beabsichtigten Vorkommnissen zuzuschreiben werden müßte.

Die angebliche „Legende“ des Frankfurterkrieges ist somit nicht, wie die belgische Zeitung schreibt, durch die Verlegungen widerlegt, sondern im Gegenteil die Tatsache des Frankfurterkrieges erneut von maßgebender Seite hontoni worden.

Der Duffrie-Scandal.

Gymnastik-Péret vor dem Untersuchungsausschuß.

Paris, 12. Dezember.

Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erklärte Péret, er habe als Finanzminister die Breitenaufhebung der Sina Discolanere genehmigt, ohne sich über alle Folgen klar gewesen zu sein. Er sei zu jenem Verhalten bestimmt worden durch die besonders nachdrückliche Empfehlung des französischen Außenministeriums.

Nach dem Interimsgesetz hat Péret angegeben, er habe von der Vergütung von 281 000 Francs als Rechtsbeistand der Duffrie-Bank die Annahme von 83 000 Francs am 26. Mai 1930 verweigert.

Die Untersuchungen haben mittlerweile Tardeus ausdrücklich erklärt, daß er keine Schuld am Scandal trage.

„Es wird auch die höchste Eisenbahn, daß Sie sich endlich hier eintrudeln!“ meinte sie dann mit mißfällig verhaltener Ungebuld. „Saben wohl wieder mal mit der Marie pouffiert, was?“

„Aber, Komteß!“

„Keine lange Geschichte. Ausfahren will ich. Und zwar hinüber nach Holtenbach, zu meiner Freundin.“

„Sofort?“

„Natürlich sofort. Auf der Stelle sogar.“

„Verzeihen, Komteß, ich muß erst —“

„Sie müssen gar nichts!“

„Doch ich muß erst —“

„Johann!“

„Gnädigste Komteß?“

„Sie werden mich jetzt augenblicklich nach Holtenbach fahren!“

„Gewiß, aber ich muß doch erst —“

„Sie! Wenn Sie jetzt nicht augenblicklich loszudeln, gibt's ein Unglück!“ schandronierte sie. „Ich zähle nur noch bis drei, verstanden? Und wenn Sie bis dahin nicht —“ Sie vollendete nicht, sondern sprang in den Fond des Wagens: „Eins!“

Johann verließ ein Lächeln.

„Zwei!“

Jetzt hetzte er den Sitz am Steuer.

„Drei!“

Er hantierte an dem elektrischen Anlaßer, ohne daß der sonst lotharische Motor angesprungen wäre.

„Warum fahren Sie nicht, zum Donnerwetter?“

„Ich muß erst —“

„Himmelsgnadenemleinmal!“

— ich muß doch erst — Benjamin aufwachen!“ vollendete er endlich den Satz, wandte sich dabei um und sah der zornigen Schönheit vergnügt ins Gesicht.

Suß starrte den Mann entsetzt an. Dabei stellte sie fest, daß Johann Peterlen eigentlich recht seltsame, nein, sogar schöne Augen besaß. Die ihr bisher entgangene Eigentümlichkeit bewirkte, daß sie für flüchtige Sekunden

Militäraufstand in Spanien.

Generalaufstand geplant.

Madrid, 14. Dezember.

In der Hauptstadt gingen Gerüchte um von einer Erhebung der in der Grenzfestung Jaca in den Pyrenäen gelegenen Garnison, die nicht beiläufig werden konnten, da die Verbindung nach dort hin unterbrochen ist. Nach Beendigung einer Sitzung des Ministerrats wird amtlich bekanntgegeben, daß die Nachricht über die dortige Bewegung stimmt.

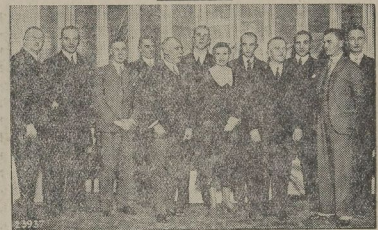
Die Regierung hat zwei Bataillone Infanterie und eine Batterie von Saragozza nach Jaca beordert, ebenso die gesamte in Huesca liegende Zivilgarde. Nach Madrid ist ein Infanterieregiment nach Saragozza abtransportiert worden.

Die Wiedereinführung der Preußenkur steht bevor. Die Regierung hofft jedoch, diese in etwa drei Tagen wieder aufheben zu können.

Nach neueren Mitteilungen scheint der Aufstand von Jaca ernstere Folgen zu haben, als man anfangs angenommen hat. Das Infanterieregiment aus Huesca, das gegen die Aufständischen eingesetzt wurde und unter Führung des aus dem Marokko-Krieges bekannten Generals Dolla steht, ist zu den Aufständischen übergegangen.

In republikanischen Kreisen rechnet man mit dem Generalaufstand in ganz Spanien, wodurch die Unternehmung einen rein revolutionären Charakter erhalten würde. Die bekannten Führer der Linksparteien sind aus Madrid verjagt worden.

An die Aufständischen von Jaca sind als Führer die aus einer früheren Unternehmung bekannten Offiziere Galan und Rubio, die beide vier Jahre Festung während der Diktatur abgelesen haben, verwidelt.



Heimkehr der deutschen Reiter aus USA.

Mit dem Hapagdampfer „Samburg“ kamen die Heerführer des deutschen Reiterregiments Major von Waldenfels, Oberleutnant von Nagel, Oberleutnant Halse und Oberleutnant Momm aus dem Vereinigten Staaten zurück, wo sie in mehreren schweren Konferenzen in Boston, Neuyork und Toronto (Kanada) sehr erfolgreich abgehandelt hatten. Zu Ehren der Reiter fand in Hamburg ein Empfang statt.

Wirtschaftlicher Wogenbericht.

Die Wirtschaftslage in Deutschland.

Madrid, 14. Dezember.

Nach dem Reichsanzeiger vom 6. Dezember 1930 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 106,2 Mill. RM. auf 244,4 Mill. RM. verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten verminderte sich um 161,7 Mill. RM. auf 4.499,6 Mill. RM. Die Zahlung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 47,4% in der Vorwoche auf 49,9%, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 58,6% auf 61,4%.

Das Institut für Konjunkturforschung hält nach seinem letzten Vierteljahresbericht eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland vorerst für nicht wahrscheinlich, zumal sich auch die Wirtschaft nahezu aller anderen Länder noch in fortgeschrittener Abwärtshaltung befindet.

Zur Klärung der Wirtschaftslage kommt auch in einer starken Abnahme des Wechselkurses zum Ausdruck. Erst kürzlich hat sich jedoch der Anteil der protektierten Wechsel am Gesamtumlauf in der letzten Woche merklich erniedrigt.

Die auf den Stichtag des 3. 12. 1930 berechnete Großhandelsindexgröße des Statistischen Reichsanlasses betrug 118,6 gegen 119,5 in der Vorwoche. Alle Hauptgruppen sind an dem weiteren Rückgang beteiligt. Im November betrug der Großhandelsindex im Warenumschlag 120,1 gegen 120,2 im Oktober. Letzter letzter.

Die Beschäftigung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nimmt weiter zu. In der zweiten Novemberhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen um 204 000 auf insgesamt 3 762 000 angewachsen. Besonders schwierig ist die Situation auf dem kaufmännischen Stellenmarkt, da im Großhandel in der Weltwirtschaft und im Bankgewerbe zum Teil Stellenentlassungen erfolgt sind.

ihren Anmut vergaß. Dann freilich fuhr sie schier erschrocken zusammen und verließ mit rottem Kopf den Wagen.

„Ich mag nicht mehr,“ sagte sie, lehrte ihm brüst den Rücken und hob über den Hof ins Schloß zurück. „Echt als Sie hinter dem Store im Furr stand, machte Sie Salt und lächelte vorläufig zur Garage hinüber, wo Johann Peterlen neben dem graßlichen Automobil stand und träumend zu den sich leile im Winde wiegenden Baumtronen des alten Parkes empor schaute.“

Suß verzog das Mündchen. „Aber — auch einer, der sie scheinbar für eine dumme Göhr hielt. Einer, der auch dachte, mit ihr umgehen zu können, wie er Lust hatte. Wie er sie angelesen hatte! Wo einfach unverkennbar!“

Sie stampfte mit dem Fuße auf. „Nicht! Keine auszuhalten, hätte sie ihm lieber anständig die Wahrheit sagen lassen! Ob sie noch einmal hinging und ihn abtanzelte nach Strich und Faden?“

„Aber, ach was — Uninn! Was sollte sie sich mit dem Kerl herumzergern? Bei Gelegenheit würde sie ihm schon beweisen, wer Herr und wer Diener war!“

Mit diesem beruhigenden Vorlaß verließ sie den Ausgang. „War ich aben den himmelstürzenden Sommertag? Heute hätte es sich sicher wieder mal famos über die Chaussee laufen lassen.“

Verärgert schritt sie durch die Zimmer, die mit schweren, wichtigen Möbeln auf floßigen Füßen, nach aus Urogroßparten Tagen stammend, ausgestattet waren. An den Fenstern hingen dicke Gardinen, die der ladenden, strahlenden Sonne kategorisch den Zutritt verweigerten. Ruh — wie man nur in diesen dunklen, unheimlichen Räumen das ganze Jahr über wohnen konnte! Damit entsann sie sich, daß vor langer, langer Zeit Lanie Elia hier gekauft hatte, ehe sie zu anderen Verwandten überließelte. Ob sie auch jetzt wieder hier ihren Einzug hielt?

Ein Geräusch ließ Suß aufhorchen. Es klang wie das Rollen eines rasch näherkommenden Wagens. Flugs eilte sie an eines der Fenster, ließ den Vorhang beiseite und spähte hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Die tolle Miss

Humoristischer Roman von Bert Oehlmann

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Graf Hugo von Brendnis hielt in seinem nervösen Rundgang inne, als es an der Tür klopfte.

„Ach, Sie sind’s,“ riefte er dem herintretenden Chaupfeur zu. „Was gibt es denn?“

„Wir müssen neue Schlauße bestellen, Herr Graf.“

„Bestellen Sie.“

„Und Benjamin.“

„Bestellen Sie.“

„Auch die Polsterung der Limousine bedarf dringend.“

„Du liebe Zeit, so fragen Sie mich doch nicht um jede Kleinigkeit. Ich habe andere Sorgen im Kopf. Bestellen Sie und lassen Sie machen, was nötig ist.“

Johann Peterlen nickte, machte eine tadellose Verbeugung und verließ das Zimmer.

„Bestünde mich also in einer großartigen Vertrauensstellung!“ dachte er leise vor sich hin, als er wieder hinabschritt. „Also! Was will man mehr?“

Wie er den Hof überquerte, um zur Garage zu gelangen, vernahm er den Klang einer bekannnten Stimme.

„Johann! Icholl es, Johann! Zum Kuck, daß der Mensch denn keine Ohren am Kopfe?“ Und wieder nach einer kleinen Pause: „Der Kerl hört doch tatsächlich nicht! S, da soll doch gleich —!“

Johann Peterlen trat vor die Garage: „Der Kerl ist schon da, Komteß, was soll er?“

Eine dunkle Verlegenheitsröte füllte über Sußs Antlitz, daß Johann die allergrößte Lust verspürte, das blühende Leben da an sich zu ziehen. Aber er begann sich wohl und legte kleine Miene in respektvolle Falten.

Komteß Suß betrachtete sich den „Kerl“ von oben bis unten.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und Illustriertes Unterhaltungsblatt. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrteste Platzseite oder deren Raum 15 Pfg., die begehrteste Reklameseite 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Zählend, süssiglich Postgebühr Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 147

Dienstag, den 16. Dezember 1930

32. Jahrg

Kauft am Orte!

Die Wirtschaft liegt darnieder. Die Geschäfte gehen immer schlechter, weil die Kaufkraft ständig sinkt. Es ist eine neue große Notzeit über unser Volk gekommen. Das ist es mehr denn je Pflicht, daß alle Stände fest zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen, wo sie nur können. Das gilt nicht nur für die Staatsbürger im allgemeinen, sondern auch für die Bürger einer Stadt im besonderen. Jeder sollte die Stadt als eine Gemeinschaft betrachten, als eine große Familie, der er in erster Linie verpflichtet ist. Mehr Lokalpatriotismus, ihr Bürger und Bürgerinnen! Er kann sich nach vielen Richtungen zum Segen der Stadt auswirken. **Su sollte kein Kemberger auswärtig etwas kaufen, was er am Orte haben kann.**

Das Geld aus der Stadt gehört in die Stadt!

Das Geld, das im Orte bleibt, arbeitet hier weiter Kemberg für einen alten, sehr leistungsfähigen Gewerbe- und Handwerkerstand. Er wird auch künftig alles daran legen, seine Kunden und Auftraggeber in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. **Niemand sollte sich vollends von fremden Händlern, die von Ort zu Ort ziehen, zu Käufen und Bestellungen verleiten lassen,** auch durch die größte Zungenfertigkeit und die schönsten Versprechungen nicht! Den Zügel kann niemand etwas verschieben und diese Händler können das schon gar nicht! Kauft jemand von ihnen, kann er sicher sein, daß er irgendwo der Geopferte ist. Sie machen in der Regel nur Augenblicksgeschäfte, kommen meist nicht wieder in den Ort und fragen nicht danach, ob man mit ihren Waren zufrieden war. Der einheimische Geschäftsmann hingegen ist mit den Käufern persönlich bekannt. Ihm liegt sehr viel daran, seine Kunden zu behalten und neue dazu zu werben.

Darum kaufe jeder am Orte!

Er fährt dabei am besten und bewahrt sich vor Verzug und Schäden.

Kemberg, den 12. Dezember 1930.

186] **Der Bürgermeister.**
Diege.

Anträge auf

Begeholszettel

für den Stadtförst **Oypin** für das Jahr 1931 sind bis zum 30. Dezember 1930 in der Stadtschreiberei zu stellen.

Kemberg den 10. Dezember 1930.

187]

Der Magistrat.

Jagdverpachtung.

Der Jagdbezirk 3 (Niemig, Busdorf, Oberförstere usw.) soll auf die Zeit vom 24. Juni 1931 bis 23. Juni 1937 für 800 RM. jährlich an Herrn Fabricegger Franz Reimling in Kemberg verpachtet werden.

Die Pachtabbedingungen liegen vom 16. bis 31. Dezember im Rathaus zur Einsicht aus.

Jeder Jagdgewalt kann gegen die Art der Verpachtung und die Verpachtungsbedingungen während der Auslegungsfrist beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einspruch erheben.

Kemberg, den 15. Dezember 1930.

Der Jagdvorstand.
Diege, Bürgermeister.

Ein neuntes Schuljahr?

Zu den mancherlei Ursachen der großen Erwerbslosigkeit gehört auch der Umstand, daß durch Verringerung des lebenden Heeres von 700 000 auf 100 000 Mann im Produktionsprozeß der Nachkriegszeit 600 000 Menschen mehr als früher Unternehmen suchen. Diese Last legt den Gewerken nahe, aus dem Produktionsprozeß überschüssige Kräfte in erheblicher Zahl herauszunehmen. Die eine Möglichkeit, durch Umwandlung in deutsche Verleerbetriebe dies zu erreichen, ist uns nach dem Verlust unserer Kolonien zunächst noch verschlossen, und einer Umwandlung nach anderen Gebieten werden gerade jetzt die härtesten Schwierigkeiten bereitet. Eine zweite Möglichkeit, zahlreiche Kräfte aus der privatwirtschaftlichen Produktion herauszunehmen, besteht in der Einführung einer einjährigen Arbeitspflicht. Die Mißerfolge, die man hiermit in anderen Ländern erzielt hat, mahnen zu größter Vorsicht und sorgfältigster Prüfung aller Voraussetzungen und Folgen

dieser Maßnahmen, so daß man mit einer Einführung, selbst wenn man sich grundsätzlich zutimmend einstellen würde, erst nach längerer Zeit rechnen könnte. Eine dritte Möglichkeit ist die Einführung eines neunten Schuljahres. In England hat man mit der dort üblichen Entschlossenheit des Handels ein weiteres Schuljahr aufgelegt und dadurch für 300 000 ältere Jugendlichen Arbeitsplätze freibekommen. In Deutschland ist der Vorschlag eines neunten Schuljahres vom preussischen Handelsminister Dr. Schreiber gemacht worden. Uns scheint, als ob dieser sehr vernünftige Vorschlag mit möglichst bestmöglicher Zustimmung in die Tat umgesetzt werden müßte, damit er für Ditem 1931 schon wirksam werden und den Arbeitsmarkt um Hunderttausende von Arbeitskräften entlasten könnte.

Die Bedenken, die man gegen den Vorschlag erhoben hat, erscheinen keineswegs durchschlagend, bzw. können sie mühelos beseitigt werden. Das gilt vor allem gegenüber der Landwirtschaft, die in ihren mittleren und kleineren Betrieben auf die Mitarbeit der jugendlichen Familienangehörigen nicht verzichten kann und auch in den Großbetrieben von auswärtigen Saisonarbeitern frei gehalten bleiben müßte. Für die in die Landwirtschaft und in den Gartenbau gehenden Jugendlichen müßte also das neunte Schuljahr nicht in Betracht kommen.



und wissenschaftlichen Abhandlungen errätten. Die Reichsregierung sollte ungezügelt die Einführung des neunten Schuljahres bei den Vätern anregen und bei ablehnender Haltung der Kinder selbst die Rinde der Gesetzgebung in die Hand nehmen.

Die letzte Reichstagsitzung.

Wieder heftige Zusammenstöße.

Berlin, 13. Dezember.

Der Reichstag ist bereits um 10 Uhr vormittags zu seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause zusammengetreten. Die Ausschüsse werden bereits Mitte Januar ihre Arbeiten aufnehmen.

In der Sitzung stehen in der Hauptphase die Anträge über das Grubenunglück in Alsdorf zur Beratung.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sagte zu, daß die Reichsregierung alles tun werde, um derartige Katastrophen für die Zukunft zu verhindern. Aus Anlaß des Alsdorfer Unglücks sei von der Reichsregierung und der preussischen Regierung schnelle Hilfe geleistet worden. Daneben seien von privater Seite, auch aus dem Ausland, viele Spenden gekommen, deren Betrag jetzt schon 1 1/2 Millionen Reichsmark überreichte. Der Minister sagte auch Bemühungen zu, um die Stilllegung der Wenzelsaus-Grube bei Neurode zu vermeiden.

Bei der Aussprache kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den übrigen Parteien.

Ministerlatenz Rother

vom Preussischen Innenministerium bezeichnet die Explosion in Alsdorf als ganz besonders rätselhaft, weil bisher keine Grubenkatastrophe vorgekommen sei, die einen

Vergleich zulasse. Alle bisherigen Erklärungsverläufe hätten die Untersuchung noch nicht einen Schritt weiter geführt, ebenso wenig die Verschieben in der Presse und in Pressevertragsungen. Warum dieses Unglück diese Ausmaße angenommen habe, wisse bisher kein Mensch. (Abgeordneter Wriede Komm.) Dann (scheren Sie sich zum Teufel, wenn Sie das nicht wissen!) — Der Kaiser erhebt einen Ordnungsruf. Die Untersuchung werde fortgesetzt.

Nach weiterer Debatte, in der die Beister wieder auferberpflanzten, wurden die Abstimmungen zurückgestellt. Es folgte dann die Beratung der kommunistischen Anträge auf Auszahlung von Winterbeihilfen an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner. Der Haushaltsauschluß empfahl Ablehnung des Antrages.

Der Ausschußantrag, die Winterbeihilfe abzulehnen, wird mit nemendlicher Abstimmung mit 284 gegen 183 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschen Nationalen und des Landvolks angenommen.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen über die Anträge wegen der Grubenkatastrophen. Die Ausschüßentscheidung wird angenommen mit der Maßgabe, daß die Hilfsaktion auch auf die Nachbargrube ausgedehnt werden soll. Desgleichen wird der deutschnationaler Antrag angenommen, der sich gegen die Stilllegung der Wenzelsaus-Grube wendet, ferner der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung eines Reichsbergbaugesetzes.

Nachträglich wird nach der Antrag des Bayerischen Bauernbundes einstimmig angenommen, die Hilfsmaßnahmen für die Hochwassererschädigten auch auf Bayern auszudehnen.

Präsident Lobe schlägt darauf vor, den Reichstag bis zum 3. Februar zu vertagen.

Die Abgeordneten Torgler (Komm.) Dr. Spahn (Nat.) und Dr. Fried (Nat. Soz.) beantragen, die Verhandlungen des Reichstages am Sonnabend fortzusetzen und den Außenposten, die Mittrauensanträge und andere Fragen zu beraten. Dr. Fried fügt hinzu, dieser Reichstag liegt schon längst wieder überaltert und der Reichspräsident sollte ihn baldigst auflösen.

Die Anträge der Opposition werden abgelehnt.

Zentrum gegen Abgeordneten Frank.

Erneuter Zwischenfall im Rechtsauschluß.

Berlin, 14. Dezember.

Am Rechtsauschluß des Reichstages entspannen sich neue Auseinandersetzungen über den Resten des Vorliegenden, den wieder der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II einnahm.

Vom Zentrum wurde gegen die Fortführung der Geschäfte durch Dr. Frank Einspruch erhoben und beantragt, den Ausschluß zu verlagern und im Alleinsten eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob der Vorliegende eines Ausschusses durch die Mehrheit dieses Ausschusses abgelehnt werden könne.

Nach längerer Aussprache wurde ein nationalsozialistischer Antrag über den Zentrumsantrag zur Tagesordnung übergeben, mit 12 gegen 12 Stimmen, also bei Stimmengleichheit, abgelehnt. Der Antrag des Zentrums dagegen wurde mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Dafür stimmten außer den Antragstellern die Sozialdemokraten, die Staatspartei und der Christlich-Soziale Volksdienst, während sich die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei der Stimme enthielten.

Thüringens Landtag für Fried.

Einschließung in der Polizeipistolenaffäre.

Weimar, 14. Dezember.

Im Thüringer Landtag wurde in der Polizeipistolenaffäre mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Sozialdemokraten und Staatspartei bei Enthaltung der Kommunisten eine Einschließung angenommen, in der der Landtag mit Entlastung Kenntnis nimmt von den Vergehen des Reichstagners und seinen Auftraggebern, Beamten der thüringischen Schutzpolizei als Zeugnissen und Spiegel zu mißbrauchen und zur Verletzung ihrer Pflichten gegenüber dem Lande zu verleiten.

Der Landtag verurteilt „die Art und Weise, mit der Reichsinnenminister Dr. Wirth in seinem einseitigen das Land Thüringen herausfordernden Polizeistreit sich jener verlogenen und dunklen Elemente bedient und dadurch das Land in große Schwierigkeiten gebracht hat“. Er appelliert an die thüringische Bevölkerung und insbesondere an die thüringische Beamtenchaft, in Zukunft diese gemissachteten Machenschaften mit der Thüringer Regierung gemeinsam abzuwehren.

Deutsche Nachtragsnote für Genf.

200 neue Terrorakte dem Völkerverbund mitgeteilt.

Berlin, 13. Dezember.

Die deutsche Regierung hat durch den deutschen General- konsul in Genf dem stellvertretenden französischen General- konsularsekretär des Völkerverbundes eine Nachtragsnote zu der vor einiger Zeit überreichten großen deutschen Weidmarednote in der obersten Frage überreicht.